

Die stellv. Landrätin Gräfin Strachwitz übernahm den Vorsitz.

Abg. Dr. Fleck verwies auf seine Ausführungen zu TOP 12 der letzten Sitzung des Kreistages. Er werde der Entlastung des Landrates nicht zustimmen. Er sei der Auffassung, dass die Arbeitsplatzförderung in stärkerem Maße zu unterstützen sei. Die Wirtschaftsförderung des Rhein-Sieg-Kreises wirke sich auf diese wichtige Aufgabe nicht positiv aus. Er habe mehrmals zur Wirtschaftsförderung des Rhein-Sieg-Kreises Anträge gestellt. Der Landrat habe sich jedes Mal auf seine Kompetenz berufen. Gerichtet an die Vorsitzende führte er weiter aus, dass ihn die letzte Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung sehr betroffen gemacht habe. Die durch die Gräfin und den Landrat gesetzten Prioritäten könne er nicht nachvollziehen; andererseits beklage man die demographische Entwicklung.

Abg. Pagels führte aus, dass die FDP-Kreistagsfraktion im Zuge der Prüfung des Berichts der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Prüfung des Rhein-Sieg-Kreises erhebliche Mängel und Nachlässigkeiten bei den Auftragsvergaben im Bereich der Gebäudewirtschaft festgestellt habe. Vorschriften nach dem Korruptionsbekämpfungsgesetz seien vielfach nicht eingehalten worden. So sei in einigen Fällen der vorgeschriebene Integritätsvertrag, der zwischen Bieter und Auftraggeber sicherstellen soll, dass Bestechung und wettbewerbsbeschränkende Absprachen unterbleiben, nicht abgeschlossen worden. Auftragsvergaben seien entgegen den Vorschriften nicht dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt worden. Aufträge in größerem Umfang seien ohne Zustimmung des Bau- und Vergabeausschusses erteilt oder so aufgeteilt worden, dass man die Entscheidung des Bau- und Vergabeausschusses umgehen könne. Auch hätten z.T. die Prüfergebnisse der Angebote nicht vorgelegen. Ein weiterer Kritikpunkt sei die Behinderung des Wettbewerbes durch die Praxis der freihändigen Vergabe von Aufträgen. Durch mangelhaften Preisvergleich seien immer die gleichen Firmen zum Zuge gekommen. Die Prüfer hätten dringend empfohlen, die Vergaben einem größeren Wettbewerb zu unterstellen, denn die vom Kreis angewandte Methode führe zu übersteuerten Leistungen. Vorgeschätzte Kosten für Sanierungsmaßnahmen seien weit überzogen worden. Die Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfungsamt solle verbessert werden. Ein Bediensteter sei im Zuge staatsanwaltlicher Ermittlungen entlassen worden. Diese Vorgänge seien nach Auffassung der FDP-Kreistagsfraktion so gravierend, dass sie dem Beschlussvorschlag, den Landrat vorbehaltlos zu entlasten, nicht zustimmen können.

Die stellv. Landrätin stellte sodann den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.